Der oberschlesische Wanderer.

Oberschlesische Zeitung.

Der Wanderer erscheint werktäglich Nachmittags. Der im Voraus zu entrichtende Bezugspreis beträgt bei den eigenen Geschäftsstellen monatlich 60 Pfg., vierteljährlich 1,80 Mk. frei ins Haus, bei allen Postanstalten vierteljährlich 1,80 Mk.

Es werden Anzeigen: die Grundzeile oder deren Raum (50 mm) mit 15 Pfg., die Empfehlungszeile (100 mm) mit 50 Pfg., die Auskunftsertheilung durch die Geschäftsstelle mit 40 Pfg., Belegs- oder einzelne Nummern mit 10 Pfg. berechnet.

Gegründet 1828.

Fernsprechanschluß 16.

Amtliches Blatt für Bekanntmachungen der städtischen Behörden von Gleiwitz.

Telegrammadresse: Wanderer Gleiwitz.

Allsonntäglich das achtseitige „Illustrirte Sonntagsblatt" als Beilage.

No. 228. Gleiwitz, Sonntag, den 2. Oktober 1898. 71. Jahrgang.

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Die Konferenz für Arbeitsnachweis.

Seitdem die ländliche Arbeiterbevölkerung nicht mehr an die Scholle gebunden ist und das Prinzip der Gewerbefreiheit Platz gegriffen hat, kam eine fluktuirende Bewegung in die Arbeitermassen, welche Mißstände sowohl für die Arbeitgeber als auch für die Arbeiter im Gefolge hatte. Die Unternehmer hatten zu verschiedenen Zeiten oder in verschiedenen Gegenden und Gewerben über Arbeitermangel zu klagen, während in den Reihen der Arbeitnehmer bald hier bald dort das Gespenst der Arbeitslosigkeit auftauchte und seine Opfer forderte. Auf beiden Seiten kam es zu Vernichtungen von Existenzen. Um hintanzuhalten, ist der Zweck des Arbeitsnachweises, welcher Arbeitslosen nach den Stellen hinzuführen suchen muß, an denen Arbeitermangel herrscht.

Die Folge war, daß gewerbliche Korporationen den Arbeitsnachweis in die Hände nahmen, und daß Arbeitgebervereinigungen auf der einen und Arbeiterverbände auf der anderen Seite Arbeitsnachweisstellen einrichteten. Aber auch dieser Modus hat seine Nachteile. Die Arbeitsnachweise wurden in den Dienst der Lohn- und Streikkämpfe gestellt, und von den Arbeitern dazu angewendet, um ihre Macht bei Streiks zu stärken, von den Arbeitgebern dagegen als ein Mittel benutzt, um mißliebige Arbeiter von der Einstellung in neugeschaffene Arbeitsplätze auszuschließen. Da für eine große Anzahl von Gewerben eine Einigung zwischen den Unternehmern und den Arbeitern über die Schaffung von absolut unparteiischen Arbeitsnachweisen nicht leicht zu erzielen ist, so sind jetzt viele Gemeinden, in erster Reihe größere Städte, mit der Schaffung von Anstalten vorgegangen, die ausschließlich dem Arbeitsnachweis dienen.

Bei diesen und anderen, von Vereinen und Korporationen gebildeten Arbeitsnachweisstellen machte sich bald das Bedürfniß geltend, Fühlung mit einander zu nehmen und sich zur Erreichung gemeinsamer Zwecke mit einander zu verbinden. So kam in diesem Jahre zum ersten Male in Deutschland eine Versammlung des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise (Arbeitsnachweiskonferenz) zu Stande, die am 27. d. Mts. in München zusammentrat. Von dem lebhaften Interesse, dessen sich diese Konferenz bei den Regierungen zu erfreuen hatte, legte sowohl das Erscheinen von Vertretern der verschiedensten Regierungen, wie insbesondere die Begrüßungsansprache des bayerischen Staatsministers v. Feilitzsch Zeugniß ab, in welcher der Segen, den die Arbeitsnachweise stiften, anerkannt und die weitere Mithilfe der bayerischen Regierung beim Ausbau dieser Einrichtungen versprochen wurde.

Da die Klagen über Arbeitermangel zur Zeit vornehmlich aus landwirthschaftlichen Kreisen vernehmbar werden, so muß das erste Thema, mit dem sich die Konferenz beschäftigte: „Was können die Arbeitsnachweise dazu beitragen, der Landwirthschaft Arbeitskräfte zuzuführen?" als sehr zeitgemäß bezeichnet werden.

Der erste Referent Dr. Naumann-Hamburg ging nach einem Berichte des „Berl. Tagebl." davon aus, daß die Arbeiterfrage auf dem Lande mit der Größe der Güter zusammenhänge; während bei den kleinen Parzellenbauern in der Rheingegend, die meist nur ihre eigene Kraft verwertheten, der Arbeitermangel fast garnicht hervortrete, sei er im Osten am meisten fühlbar. Er beruhe auf der Auswanderung, dem Zuge nach Westen (in die Industriebezirke) und der Abwanderung in die großen Städte. Diese letzteren Erscheinungen rührten daher, daß die Industrie sich in großem Aufschwung, die Landwirthschaft aber im Niedergang befinde, eine Behauptung, deren letzter Theil übrigens in der Debatte von Herrn v. Cetto als Verletzung der Landwirthschaft für unrichtig erklärt wurde. Da die Arbeitsnachweise an dieser Entwickelung nichts ändern können, so müssen sie nach Ansicht des Referenten bestrebt sein, die Mißstände unter diesem dadurch zu bekämpfen, daß sie aus den Städten die Zuziehenden möglichst bald wieder auf das Land zurückschieben. Viele städtische Arbeitsnachweise berücksichtigten zu diesem Zweck bei der Arbeit der Stadt zu vergebenden Arbeit in erster Reihe diejenigen Arbeiter, die in der Stadt geboren oder ansässig seien. Weiter sei aber auch eine Organisation auf dem Lande nöthig, welche sich der städtischen anschließe. Dazu empfehle sich noch eine Verbindung mit der Presse, in der rechtzeitig die Orte und Kreise bekannt zu geben wären, in denen ein Ueberangebot hervorgetreten sei. Bei dem Widerstand aber der Stellenvermittler und der Interessenverbände würde nur dann etwas zu erreichen sein, wenn der Staat als Aufsichtsbehörde eingreife und die Veröffentlichung der bei den einzelnen Stellen eingelaufenen Meldungen über Angebot und Nachfrage veranlasse.

Der zweite Berichterstatter Bürgerm. Dr. Thoma-Freiburg i. B. spricht sich besonders von der Belehrung und Aufklärung der ländlichen Kreise über die Zustände in der Stadt Erfolg. In Freiburg habe man auch, so fügte er hinzu, nicht üble Erfolge mit der Verweisung überschüssiger Kräfte an die Landwirthschaft gehabt.

Der dritte Referent Assessor Dr. Treuter-Halle a. S. erörterte die Maßnahmen, welche geeignet seien, die Arbeiter wieder dem Lande zuzuführen, und erwähnte als ein solches Mittel die Gewährung einer kleinen Reiseentschädigung an die Arbeiter von Seiten der Landwirthe. Die Referenten legten der Versammlung die folgenden Thesen vor:

1. Der Verband deutscher Arbeitsnachweise hält es für wünschenswerth, daß die gemeinnützigen Arbeitsnachweise nach Möglichkeit dahin streben, der deutschen Landwirthschaft Arbeitskräfte zuzuführen und zu erhalten. Er sieht darin gleichzeitig ein wirksames Mittel, die Arbeitslosigkeit in den Städten zu bekämpfen. Der Verband deutscher Arbeitsnachweise empfiehlt den gemeinnützigen Arbeitsnachweisen: 1) die Vermittelung von Arbeitskräften für die Landwirthschaft in ihren Geschäftskreis aufzunehmen und, so weit das schon geschehen, weiter auszugestalten. Für landwirthschaftliche Arbeiten sind vorzugsweise vom Lande zugezogene gelernte landwirthschaftliche Arbeiter auszuwählen. Zu vorübergehender Thätigkeit auf dem Lande können unter besonderen Umständen auch städtische gelernte Arbeiter verwendet werden; 2. bei der Vergebung von Arbeit in den Städten die Einheimischen vor den Zuziehenden grundsätzlich zu bevorzugen; 3. der Presse, insbesondere den Lokalblättern der näheren Umgebung, die Ueberfüllung des Arbeitsmarktes in einzelnen Gewerben rechtzeitig mitzutheilen, um übermäßigen Zuzug einzuschränken; 4. zur Ausgestaltung der landwirthschaftlichen Vermittelung eine Verbindung mit den Behörden, landwirthschaftlichen Vereinen und Arbeitsnachweisstellen der näheren Umgebung anzustreben.

II. Um eine sachgemäße Vertheilung der Arbeitskräfte herbeizuführen, erscheint es als dringend wünschenswerth, daß für größere wirthschaftlich zusammenhängende Bezirke ein- oder zweimal wöchentlich eine Uebersicht der angebotenen und nachgefragten Stellen, nach Berufen geordnet, zusammengestellt und in allen Gemeinden des Bezirks bekannt gemacht werde. In diese Uebersichten sind thunlichst auch die bei den Facharbeitsnachweisen und privaten Stellenvermittlern angebotenen und nachgefragten Stellen aufzunehmen. So weit es nicht angängig ist, solche Uebersichten durch die bestehenden gemeinnützigen Anstalten herstellen zu lassen, empfiehlt der Verband, staatliche Organe mit deren Herstellung zu betrauen und zu diesem Zweck mit den erforderlichen Befugnissen zu versehen. Der Verband empfiehlt ferner, alle Gemeindebehörden solcher Ortschaften, in welchen ein gemeinnütziger Arbeitsnachweis nicht besteht, mit der Annahme von Stellenangeboten und Nachfragen und deren Weitergabe an die bestehenden Vermittlungsstellen zu betrauen.

Der Vorsitzende machte darauf aufmerksam, daß der Verband als solcher nicht gut Beschlüsse fassen, dagegen die Thesen als Unterlage für werthvolle Anregungen entgegen nehmen könne, eine Auffassung, der sich der frühere Handelsminister Freiherr v. Berlepsch und Dr. Hirsch-Berlin anschlossen und die die Konferenz dann auch zu der ihrigen machte.

Den Arbeitsnachweisestellen und Aemtern aber liegt die Bewältigung einer schweren Aufgabe ob. Nur mit Hilfe der freiwilligen Mitarbeit aller interessirten Kreise können sie etwas erreichen und nur wenn die Arbeitsvermittelung möglichst verallgemeinert und centralisirt wird. Es ist deshalb dringend zu wünschen, daß diejenigen Stadtverwaltungen, welche noch keinen Arbeitsnachweis eingerichtet haben, möglichst schleunigst das Versäumte nachholen.

Deutsches Reich.

Berlin, den 1. Oktober 1898.

— Die „Münchener Allgemeine Zeitung" will erfahren haben, daß der vom Kaiser in der Oeynhauser Rede angekündigte Gesetzentwurf nicht in einer Aenderung der Gewerbeordnung, sondern in spezialisirten Bestimmungen zum Schutz der persönlichen Freiheit auf dem Gebiete des allgemeinen Strafgesetzes bestehen werde.

— Der Gesetzentwurf, betreffend den Schutz Arbeitswilliger, ist, wie verlautet, den Bundes-Regierungen jetzt zugegangen.

— Dem Vernehmen der „Berl. Polit. Nachr." nach, wird die von Posadowsky im Reichstage angekündigte Gewerbenovelle weitere Ausführungen und Vorschriften des Bürgerlichen Handelsgesetzbuches enthalten, insbesondere die Verhältnisse der Handlungsgehilfen regeln, auch Erleichterungen der Concessionirungen gewerblicher Anstalten enthalten.

— Die „Norddeutsche Allg. Ztg." schreibt: das vom Reichsschatzamt ausgearbeitete Schema des neuen Zolltarifs wird voraussichtlich in den ersten Tagen der nächsten Woche der Bundesregierung zur Prüfung zugewiesen werden.

— Ueber die Beschlüsse des in Darmstadt abgehaltenen 3. nationalsocialen Parteitages ist folgendes mitzutheilen: In der Dienstag-Sitzung bildeten die Handelsverträge und die gegenwärtige Handelspolitik des Reiches den Hauptpunkt der Verhandlungen. Nach langer Debatte wurde ein durch einige Amendements abgeänderter Antrag des Prof. Schultze-Gävernitz angenommen, der folgendermaßen lautete: 1) „Die Handelsvertragspolitik der deutschen Reichsregierung entspricht ihrer Grundrichtung nach den Interessen der großen Mehrzahl des deutschen Volkes und ist nach Kräften zu unterstützen. 2) Das Programm einer autonomen Freihandelspolitik ist zurzeit utopisch 3) Das Programm autonomer Schutzzollpolitik, d. h. der Erhöhung unserer Zölle, insbesondere der Getreidezölle, unter Kündigung der Handelsverträge ist zu verwerfen: a. in Rücksicht auf die große Mehrzahl des deutschen Volkes, insbesondere die arbeitenden Klassen, als Consumenten; b. in Rücksicht auf die deutsche Industrie, welcher die Productionskosten vertheuert und Absatzgebiete verschlossen würden, indem das Ausland sicherlich in der Erhöhung der Zölle uns nachfolgte; c. in Rücksicht auf diejenigen deutschen Landwirthschaftsbetriebe, welche entweder mehr Getreide kaufen als verkaufen, oder wenigstens keinen Getreideüberschuß auf den Markt bringen; d. in Rücksicht auf die wünschenswerthe Vermehrung der ländlichen Klein- und Mittelbetriebe, deren Ausbreitung auf Kosten des Großgrundbesitzes durch eine Erhöhung der Getreidezölle verlangsamt würde. 4) Innerhalb der Handelsvertrags-Politik ist eine Förderung der Interessen der Landwirthschaft möglich und nach Kräften anzustreben." Ferner wurde der Vorstand mit der Ausarbeitung eines positiven Agrarprogramms beauftragt. Dasselbe soll sich auf die obigen Thesen aufbauen und spätestens am 1. April 1899 fertig sein. In der letzten Sitzung des Parteitages am Mittwoch, die einen vertraulichen Charakter trug, wurde nach einem Vortrage des Parteisecretärs Wendt-Leipzig über Organisation und Agitation eingehend debattirt und schließlich folgender Antrag angenommen: „Der Vorstand wird beauftragt, 1) eine Instruction für die locale Organisation und Agitation auszuarbeiten; 2) über die Befolgung dieser Instruction zwei- bis dreimal im Jahre durch Fragebogen sich zu informiren und an der Hand dieser Information neue Anregung zu geben; 3) eine Zeitungskorrespondenz für die Lokalpresse versuchsweise herauszugeben; 4) einen national-socialen Wegweiser auf 1899 und einen national-sozialen Kalender auf 1900 vorzubereiten, sowie die Herausgabe geeigneter Flugblätter fortzusetzen und 5) eine planmäßige Agitation in die Wege zu leiten." Nachdem darauf die Wahlen in den engeren wie in den weiteren Vorstand vollzogen worden waren und Pfarrer Naumann das Schlußwort gesprochen hatte, wurde der Parteitag geschlossen.

— Ueber den Nachrichtendienst in Viehseuchen-Angelegenheiten treten am 1. Okt. im ganzen Reiche neue, verschärfte Bestimmungen in Kraft, die von den früheren Vorschriften in folgenden wesentlichen Punkten abweichen: Unter die Krankheiten, deren Ausbruch den Polizeibehörden der Nachbargemeinden anzuzeigen ist, ist die Schweineseuche neu aufgenommen. Es handelt sich dabei nicht nur um die Schweineseuche im engeren Sinne, sondern um alle unter dem Sammelnamen „Schweineseuche" im weiteren Sinne begriffenen Krankheiten, insbesondere auch um die Schweinepest. Neu ist auch die Bestimmung, daß die Polizeibehörde von jedem Ausbruch der Maul- und Klauenseuche auf einem Viehmarkt oder einem Viehhofe sowie von dem Erlöschen der Seuche in dem Marktort dem zuständigen Landrath und den Landräthen aller Kreise, deren Grenzen weniger als 50 km von dem Marktort entfernt sind, sofort Kenntniß zu geben hat. Diese Benachrichtigung hat, wo thunlich, unter Benutzung des Telegraphen oder Telephons zu erfolgen, damit der Zweck der Mittheilung, die Viehbesitzer durch schleunige Veröffentlichung auf die Möglichkeit der Seuchenübertragung durch das von dem Markt abgetriebene Vieh oder durch den sonstigen Marktverkehr aufmerksam zu machen, auch wirklich erreicht werde.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 30. Sept. Die Sitzung des Abgeordnetenhauses beginnt um 12 Uhr. Eingegangen sind Dringlichkeitsanträge des Abg. Schönerer auf sofortige Aufhebung der Sprachenverordnung und des Abg. Dochenberger auf sofortige Zurückziehung der Ausgleichsvorlagen mit Ungarn. Nach einigen formellen Anträgen geht das Haus zur Tagesordnung über, d. h. zur Wahl der Quotendeputation. Abg. Schönerer verlangt Namensaufruf vorzunehmen und fordert darüber namentliche Abstimmung. Die namentliche Abstimmung wird nicht unterstützt. Ministerpräsident Graf Thun ergreift hierauf das Wort. — Der am heutigen Vormittag stattgehabten Berathung der Club-Obmänner der vereinigten deutschen Parteien wohnte auch der Präsident Dr. Fuchs, sowie der Obmann des Executivkomitees der Mehrheit, von Jaworski, bei.

Wien, 30. Sept. Die Abendblätter betrachten den Rücktritt des Handelsministers Dr. Bärenreither als feststehende Thatsache und bezeichnen als Grund des Rücktrittes die sich immer mehr steigernde Spannung zwischen der Regierung und der Linken. Bezüglich seines Nachfolgers verlautet, der Sektionschef im Handelsministerium, Frhr. von Weigelsperg, werde die Leitung des Handelsministeriums übernehmen.

Schweiz.

Genf, 30. Sept. Die Tessiner Polizei verhaftete dieser Tage einen gewissen Ugo Ramboni, welcher angeschuldigt wird an der Ermordung der Kaiserin Elisabeth mitschuldig zu sein. Ramboni wurde heute nach Genf eingeliefert.

Rußland.

Chabarowsk, 30. Septbr. Prinz Heinrich von Preußen traf an Bord des Kreuzers „Deutschland" am 24. d. M. in Nowo Kiewsk ein, ging am 25. Abends nach Possiet, und setzt von dort am 26. früh die Reise in See fort.

Spanien.

Coruna, 30. Sept. Das französische Paketboot „Lafayette" ist mit repatriirten spanischen Soldaten aus Santiago de Cuba hier eingetroffen. Ein Offizier der „Lafayette" ist während der Ueberfahrt am Gelben Fieber gestorben.

Madrid, 30. Sept. Die Zahl der zur Civilbevölkerung gehörigen Spanier, welche, um der Herrschaft der Amerikaner zu entgehen, Kuba und Portorico verlassen wollten, beträgt weit über 100 000. In Andalusien stehen 7 Bataillone zur Abfahrt nach den Philippinen bereit. Der Ministerrath beschloß 1) den General Rios telegraphisch anzuweisen, die von den Eingeborenen der Biscayas-Inseln verlangten Reformen zu bewilligen und seine Streitkräfte auf der Insel Mindanao zu concentriren, 2) bei den Vereinigten Staaten von Amerika Beschwerde darüber zu erheben, daß sich die Aufständischen mit Waffen versehen hätten und die Vereinigten Staaten von der Absendung von Verstärkungen unterrichteten, 3) den Präsidenten der Friedensconferenz in Paris, Montojo Rios, telegraphisch über die Lage auf den Philippinen auf dem laufenden zu erhalten.

Portugal.

Lissabon, 30. Septbr. Der Preßkongreß beschloß heute seine Verhandlungen. Mit dem Schiedsgericht zwischen Verlegern und Journalisten wurde ein Ausschuß betraut, in den Singer-Wien, Georg Schweitzer-Berlin, Veraza-Spanien, Torelly-Italien und Hébrard-Frankreich gewählt wurden. Der nächste Kongreß wird in Rom voraussichtlich Ostern oder Pfingsten 1899 stattfinden. Die Versuche, über politische Fragen zu debattiren, scheiterten an der ablehnenden Haltung der Kongreßleiter.

Türkei.

Konstantinopel, 30. Sept. Da das Programm für den hiesigen Aufenthalt des deutschen Kaisers noch nicht bekannt ist, so hoffen alle deutschen Anstalten, mit einem Besuche des Kaiserpaares beehrt zu werden und treffen dementsprechend ihre Vorbereitungen. Die türkischen Behörden kommen ihnen insoweit entgegen, als sie die Straßen, die dahin führen, neu pflastern lassen. Auch zum deutschen Waisenhause in Bebek am Bosporus baut man neue Zufahrtsstraßen, in der Voraussetzung, daß ihm wahrscheinlich Kaiser Wilhelm einen Besuch abstatten werde. Es dürfte deshalb für die deutschen Leser von Interesse sein, etwas Näheres über die Anstalt zu hören. Die Agitation, die nach den armenischen Metzeleien von 1896 im Deutschen Reiche für die Armenier eingeleitet wurde, zeitigte den Gedanken, für die armenischen Waisen eine Lehr- und Erziehungsanstalt zu gründen. Der „Evangelische Hülfsverein" erwarb die ehemalige englische Schule in Bebek und betraute den Pastor Brockes (ehemals Pastor in Grünberg) mit der Leitung der Anstalt, die gegenwärtig 120 Waisenmädchen beherbergt. Es ist ein weitschichtiges Gebäude, das Schulzimmer, Speisesäle und Schlafsäle und sonstige Wirthschaftsräumlichkeiten umfaßt, aber überall blickt uns deutsche Sauberkeit u. Ordnung entgegen. Unter der